

© Newsnet / Der Bund; 21.01.2015



Kanton

Arbeitgegenleistung für Sozialhilfe: Regierung prüft Vorstoss

sda / mer

Wer Sozialhilfe bezieht, soll einen Monat lang im Dienste der Gemeinde oder des Kantons eine Gegenleistung in Form von Arbeit erbringen.

Der bernische Grosse Rat hat am Mittwoch diese Forderung in ihrer grundsätzlichen Stossrichtung als Postulat überwiesen. Mit der grundsätzlichen Stossrichtung des Vorstosses von FDP-Grossrat Dave von Kaenel (Villeret) konnten sich zahlreiche Parlamentsmitglieder einverstanden erklären. Im Detail habe die Forderung von Kaenels aber Schwächen, so die mehrheitliche Meinung. Insbesondere würden die Kosten für solche einmonatigen Arbeitsplätze deren Nutzen übersteigen, rechnete der Regierungsrat in seiner Antwort auf den Vorstoss vor. Der Regierungsrat geht von rund fünf Millionen Franken plus Lohnkosten aus. Gemäss Bundesgericht müssten die Leute entschädigt werden.

Der Aufwand für die Gemeinden wäre enorm, gab Hasim Sancar (Bern) namens der Grünen zu bedenken. Solche Menschen bräuchten intensive Betreuung. In nur einem Monat könne ein Sozialhilfeempfänger kaum viele Dinge lernen, die ihm bei der Integration in den Arbeitsmarkt helfen würden. Ein Tatbeweis für Arbeitswille sei eine gute Sache, betonte **Raphael Lanz** (SVP/Thun). Seine Partei könne aber die Argumente der Regierung gegen den konkreten Vorschlag von Kaenels durchaus nachvollziehen. Allenfalls gäbe es andere, weniger teure Möglichkeiten als von Kaenels Vorschlag, sagte FDP-Grossrätin Kathrin Zumstein (Langenthal). Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud versicherte dem Rat, dass sich die Regierung Gedanken im Sinne der Stossrichtung des Postulats mache.

Im laufenden Jahr werde die Möglichkeit geschaffen, sogenannte Abklärungsplätze anzubieten, hiess es von Seiten der Regierung. Deren Zahl sei begrenzt, so dass die Sozialdienste sie nur für jene Personen benutzen könnten, bei denen begründete Zweifel an der Arbeitsmotivation oder -fähigkeit bestünden. Von 2011 bis 2014 gab es im Kanton Bern sogenannte Testarbeitsplätze. Wegen ihrer bescheidenen Wirkung wurden sie schliesslich eingespart. Der Grosse Rat überwies den unverbindlichen Prüfungsauftrag im Sinne der Regierung am Mittwoch schliesslich mit 97 zu 47 Stimmen bei 4 Enthaltungen.